

Änderungsantrag
zur Vorlage V/0705/2012

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**



Münzstr. 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
spdfrak@muenster.de
www.spd-muenster.de

Steuerung von Leistungen mit Bezug auf Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Bessere Leistungen für Arbeitssuchende durch gebündeltes kommunales Handeln

Der Rat der Stadt Münster wolle beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Sozialausschuss und Öffentlichkeit bei Zielabweichungen einbinden

Punkt 3.2, 2. Punkt erhält die folgende Fassung: "Im Falle einer nicht akzeptierten Abweichung des städtischen Planungsangebots vom Referenzrahmen der überörtlichen Zielsteuerung wird die Verwaltung erst nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Sozialausschuss ermächtigt, eine Zielvereinbarung mit modifizierten Zielwerten abzuschließen."

2. Landesprogramme und EU-Fördermittel nutzen

Punkt 4: Dem Beschlusspunkt wird ein neuer Satz angefügt: "Dabei wird auch dargestellt, inwieweit die wegfallenden Bundesmittel durch die Teilnahme an geplanten Förderprogrammen des Landes (etwa zum Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors) und durch die Akquirierung von EU-Fördermitteln (insbesondere durch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Münster GmbH) (über-)kompensiert werden können."

3. Der Oberbürgermeister muss seiner Verantwortung gerecht werden

Punkt 5: Dem Beschlusspunkt werden folgende Sätze angefügt: "Der Rat geht dabei davon aus, dass der Oberbürgermeister seine Organisations- und Direktionskompetenz dazu nutzen wird, dem Projekt insbesondere bei dezernatsübergreifenden Fragestellungen zum Erfolg zu verhelfen. Ziel ist die sachbezogene Steuerung des gesamten kommunalen Angebots aus einer Hand beim Dezernat V. Redundanzen in der Verwaltung im Bereich der Arbeitsförderung sind zukünftig zu vermeiden, insbesondere ist dieser Zuständigkeitsbereich aus der AIM ins Jobcenter zu verlagern. Städtisches Know-How und bewährte Angebote (insbesondere die VHS) sollen aufrechterhalten bleiben. Die Information darüber, ob die Kooperation und Vernetzung zwischen den Ämtern wie geplant stattfindet, ist als Pflichtpunkt in den Berichten der beteiligten Ämter aufzunehmen."

4. Steuerungsziele endlich vorlegen!

Es wird ein neuer Punkt 6 eingefügt: "Eine vernünftige ergebnisorientierte Steuerung ist ohne vorhandene strategische Ziele und Produktbereichsziele nicht möglich. Die Verwaltung wird diese Ziele daher schon zum Haushaltsentwurf 2014 dem Rat zur Beschlussfassung vorlegen und die darunter liegenden Zielebenen daraufhin konkretisieren."

Begründung: Erfolgt mündlich.

Dr. Thorsten Kornblum
Dr. Michael Jung
Dr. Fritz Baur
Thomas Fastermann
Philipp Gabriel
Beanka Ganser
Anne Hakenes

Ralf Hubert
Mathias Kersting
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Doris Lammert
Robert von Olberg
Kurt Pölling

Friedhelm Schade
Anne Schule Wintzler
Petra Seyfferth
Beate Vilhjalmsson
Holger Wigger
Maria Winkel